

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Niko Alm, Kollegin und Kollegen**

**betreffend Herabsetzung der Mindestinvestitionssumme für private Anleger\_innen**

**eingebracht im Zuge der Debatte über ein Börsegesetz 1989, Rechnungslegungs-Kontrollgesetz, Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz und Kapitalmarktgesetz (897 d.B.) Top 20**

Das deklarierte Ziel des Alternativen Investmentfonds Manager-Gesetzes ist es, die Finanzierung von Unternehmen zu erleichtern und zugleich die rechtlichen Rahmenbedingungen zu klären, mit denen für Anleger\_innen die Möglichkeit geschaffen wird, sich an der Finanzierung von Unternehmen zu beteiligen. Allerdings werden im AIFMG für Anleger\_innen derzeit extrem hohe Hürden aufgestellt, um in die im AIFMG-Gesetz geregelten Beteiligungsgesellschaften (§ 4B Abs. 8a und 8c) zu investieren. Unter anderem ist eine Mindestinvestitionssumme von 100.000 Euro pro Anleger\_in und Fonds vorgesehen - bei verpflichtender umfassender Aufsicht des Fondsmanagers durch die Finanzmarktaufsicht. Die Investitionen dieser Fonds beginnen dort, wo die Möglichkeiten aus dem Alternativfinanzierungsgesetz enden, i. e. beim Kapitalbedarf nach der Gründungsphase, wo es um Finanzierungen im Millionenbereich und gleichzeitig um Knowhow-Transfer für Etablierung, Expansion und Turnaround geht. Die genannte Privatanleger\_innenbeschränkung im AIFMG (Mindestinvestitionssumme) sollte daher entschärft und im ersten Schritt jedenfalls auf 30.000 Euro herabgesetzt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

*"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen wird dazu aufgefordert, dem Nationalrat umgehend eine Gesetzesnovelle vorzulegen, durch die die Privatanleger\_innenbeschränkung auf 30.000 Euro herabgesetzt wird."*

  
VAVRIL  
(Alm)  
(BAMON)  
N. Scherz  
(SCHERZOK)

